

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis-Verlag 15,800.
Abonnementpreis vierteljährlich 47,50, incl. Frangirung 5 Mk.
durch die Post bezogen 5 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Jahrespreis 50 Pf. Postfreie 20 Pf.
Besondere Scherben laut unten.
Preisverzeichniß — Kalendarischer Zeit nach höherem Tarif.
Kontanten unter dem Redactionsort die Spalte 40 Pf.
Jahrespreis sind stets an d. Redaction zu senden. — Abbest. nicht möglich. Zahlung pro numerando oder durch Postwechsel.

Er erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Schaumburgerstr. 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Kontanten der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Zeitungen an Wochenenden bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Städten für Prof. Anzeigen:
Otto Stamm, Unterwallstraße 22.
Georg Wöhler, Rathhausstr. 15, u.
nur bis 1/2 Uhr.

No 285.

Sonnabend den 12. October 1878.

72. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen Sonntag den 13. October nur Vormittags bis 1/9 Uhr geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

- Im Monat September d. J. gingen bei der Armen-Kassa ein
- 1. 4 unter der Devise „als eine Belehrung von Gott“ durch Herrn F. B. Müller,
 - 2. als „Streitobject“ von N. N.
 - 3. 10 Größ für verauktionirte Blumenkörbe in Ronger's Concert-Halle, durch das Polizeiamt.
 - 4. an der Armen-Kasse gefällig zugesandene Geldern:
 - 18 — — — dierige Strafen wegen Sonntagsentbehrung, durch den Rath,
 - 90 — — — Rußerlaubniß und Befreiung von Schenkungen betr., durch denselben,
 - 144 75 — als Antheil für ausgefertigte 193 Stück Fischkarten, durch das Polizeiamt,
 - 3 — — — als Strafe wegen Verläumdung der Fortbildungsschule, durch das Königl. Bezirksgericht,
 - 5 — — — 60 für das Vorprechen von drei Bekehrten, durch die Fischer-Innung,
 - 10 — — — Strafe wegen Betrieb auswärtiger Lotterie-Loose, durch das Polizeiamt.
- Leipzig, den 8. October 1878.

Das Armen-Directorium.
Ludwig Wolf, Vorst. Lange.

Die zweite Lesung des Socialisten-Gesetzes.

Berlin, 10. October. Heute sind die Würfel im Reichstage gefallen und längst schon hat der Telegraph in alle Richtungen der Windrose die Kunde von der Entscheidung über das Socialisten-Gesetz hinausgetragen. Es ist zwar zunächst nur die Abstimmung über den §. 1 des Gesetzes erfolgt, in dessen diese Abstimmung ist der Maßstab für die Stimmung im Hause und das Schicksal des so heiß bestrittenen Gesetzes darstellt. Im Sinne der Freunde der Vorlage als entschieden angesehen werden. Der Gedanke §. 1 wurde, wie schon gemeldet, mit einer Mehrheit von 200—200 Stimmen gegen etwa 140 bis 160 Stimmen nach den Beschlüssen der Commission, mit denen sich die Regierung ausdrücklich einverstanden erklärt hat, angenommen. Ganz genau läßt sich das Stimmverhältniß nicht bestimmen, da weder mit namentlichem Ruf noch durch Hammerschlag abgestimmt, sondern das Ergebnis der Abstimmung durch Erheben von den Seiten festgestellt wurde. Die Majorität für das Gesetz ist größer, als von Manchem erwartet worden und den socialistischen Abgeordneten war nach dem Bekanntwerden des Resultates, wie man ganz deutlich in ihren Physiognomien lesen konnte, nicht sehr wohl zu Rathe.

Nach Eröffnung der Sitzung erhielt zunächst der Abgeordnete Haffelmann, der socialdemokratische Abgeordnete für Barmen-Eberfeld, welcher sich bereits gestern zum Sprechen gemeldet hatte, das Wort. Das dieser Agitator aus seiner Gesinnung im Buppelthale eine Menge Gift und Galle mit nach Berlin gebracht haben würde, war zu erwarten. Wir wissen nicht, welche Stellung Herr Haffelmann innerhalb der Gruppe der socialistischen Abgeordneten einnimmt; aber wenn es begründet ist, wie man sich allgemein erzählt, daß sie aus taktischen Gründen, um nicht allzu sehr zu provociren, den Abgeordneten Lieblich nicht nach reden lassen, so hat sie, indem sie heute den Abgeordneten Haffelmann in den Kampf schickte, ihrer Sache einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Herr Haffelmann ist nach seinem Keusern und Innern ganz nach Art der Pariser Communards angelegt und giebt jedenfalls Vieles in Bezug auf die Verhandlung der Haffelmann'schen Rede an. Die Haffelmann'sche Rede führte sich mit Auslösung von Drohungen sehr deutlicher Gestalt ein, dann aber wurde der Redner ganz anderthalb Stunden in hohem Grade langweilig. Diese Zeit verwendete er auf eine Darlegung des socialdemokratischen Programmes, das man doch schon zu Tausenden von Malen aus den socialistischen Versammlungen und den socialistischen Blättern kennt. In der That, keine andere Partei würde die Haffelmann'sche Rede gegen das Haus so weit treiben und dasselbe mit einer mehrfachen Rede über längst bekannte Dinge belästigen. Inzwischen der Präsident ließ den Redner gewähren und die Geduld, welche das Haus bewies, ist eine ganz hübsche Illustration zu der in den socialistischen Versammlungen so oft ausgesprochenen Behauptung, die Socialisten kämen im Reichstage nicht zum Worte. Herr Haffelmann machte schließlich wohl selbst fühlen, daß er die ganze Versammlung und in demselben Maße die Zuhörer auf den Tribünen langweilte, und er ließ am Schluß seiner Rede in die Kriegstrompe des Reichstagsentwurfes. Es war eine wildbewegte Scene, auf welche sich mehrere Minuten lang das gesammte Interesse im Reichstage concentrirte. Wir müssen die Leser ersuchen, die betreffenden Stellen der eigentlichen Sitzungsberichte nachzulesen, und wollen an dieser Stelle nur erwähnen, daß der Abgeordnete Haffelmann in einem förmlichen Anfall von Wuth verlor, der ihn selbst nicht von den Unterbrechungen des Präsidenten Notig nehmen ließ, und beim Verlassen der Tribüne, wozu ihm endlich ein Sturm von Erregung im Hause nöthigte, dem Reichstagsler mit einer Wiederholung der Berliner Revolution von 1848 drohte, worauf der Präsident vorstehend mit Stentorstimme, die man sonst an demselben nicht gewohnt ist, ihm einen Ordnungsruf erteilte, der ihn selbst nicht, und zwar deshalb, weil er nicht zum Betretungsbereich zurückprovoocirt habe. Erstlicher konnten die Haffelmann'schen Declamationen nicht überlagert werden, als dies der Abg.

Dr. v. Bismarck mit seiner darauffolgenden Rede bewirkte. Der Abg. Löwe hat ein so langes Leben von politischer und socialer Erfahrung hinter sich und er ist besonders durch seine Stellung als Armenrath, die er an die 40 Jahre einnimmt, in solchem Maße mit den Verhältnissen des sogenannten vierten Standes, der Arbeiterklasse, bekannt geworden, daß auf seine Worte entschieden Gewicht zu legen ist.

Die Rede des Abg. Löwe wurde vom ganzen Hause mit größter Aufmerksamkeit angehört und fand allgemeine Zustimmung, an der sich selbst das Centrum beteiligte. Wenn ein so entschieden liberaler Mann, wie Löwe es ist, für die Nothwendigkeit des Gesetzes sich erklärt, dann können andere Liberale sicher auch mit Ruhe dafür stimmen.

Nach dem Abg. Löwe bestieg ein Mitglied der elässer Nationalen Partei, der katholische Pfarrer Winterer, die Tribüne, um gegen das Gesetz zu sprechen. Der Hauptgrund, welcher diesen Herrn zu der eingemommenen Stellung bestimmte, ist der, daß ihm der Oberpräsident von Elsaß-Lothringen nicht gestattet hat, ein Blatt mit deutsch-schweizer und ultramontaner Färbung herauszugeben.

Die Spannung der Situation liegt auf das Höchste, als der Präsident den Namen des Abgeordneten von Bennigsen als nächsten Redner verkündete. Die telegraphischen Klänge schallten in den Mitgliedern des Hauses, welche sich während der Winterer'schen Rede größtentheils in die Foyers begeben hatten, wieder in Masse in den Saal. Überall war die größte Erwartung auf die Erklärungen des Hauptführers der national-liberalen Partei zu bemerken. Unmittelbar nachdem der Abg. von Bennigsen zu reden begonnen hatte, trat der Reichstagsler, der jedenfalls von Bennigsen's Vorbereitungen unterrichtet worden war, in das Haus. Die Bennigsen'sche Rede war ein oratorisches Meisterstück, dessen Vollbringung in einer so scharf und unabweisbar gemessenen Gestalt eben nur diesem bewährten Parlamentarier eigen ist. Mit wahrhaft classischer Ruhe und hingewandter Bereitwilligkeit legte Abg. v. Bennigsen die Gründe dar, aus denen die national-liberale Partei nunmehr für das neue, von der Regierung vorgelegte Gesetz stimmt. Er ging dann zu einer Charakteristik der unserer gesammten Culturentwicklung durch die Socialdemokratie drohenden Gefahren und des wirthlichen Bedens dieser Partei über. Hochdramatisch wurde der Schluß der Bennigsen'schen Rede, indem der Redner auf die gegnerischen Erklärungen des Reichstagslers und dessen Angriff an den Patriotismus der beiden conservativen Parteien und der National-liberalen zum Behufe engeren Zusammenhaltens gegen die Widersacher des Reiches näher einging. Herr von Bennigsen legte trotz der Feindseligkeiten, welchen die national-liberale Partei in den letzten Monaten bei den Wahlen seitens der Regierungspartei ausgesetzt war, dieselbe Verbindlichkeit an den Tag, wie sie gestern Fürst Bismarck gesagt und er gab dem Gedanken lebhaften Ausdruck, daß es gelingen müsse, die drei reichstagsleren Fractionen auf dem Boden des Vaterlandes zu einer Gemeinschaft der politischen Action zu bringen. Der Abg. von Bennigsen hielt aber auch die Stunde für angemessen, ausdrücklich zu constatiren, daß aus dem Reichstagsler'schen Gesetze die volle Gleichberechtigung der liberalen wie der conservativen Partei ausdrücklich anerkannt worden, und es erhielt diese Hervorhebung noch einen um so bestimmteren Charakter, als Fürst Bismarck dem Redner mehrfach Zeichen der Zustimmung machte.

Wie nicht anders erwartet worden, war nach Bennigsen's Rede ein Schlußantrag eingeleitet, das Haus war nunmehr der Meinung, das weitere Reden über den §. 1 überflüssig sei, und es wurde der Antrag auf Schluß angenommen. Bei der großen Ruhe im Saale hielt es der Berichterstatter der Commission, Abg. Dr. von Schwarz, für angezeigt, sich auf wenige Bemerkungen zu beschränken. Der Präsident konnte deshalb bald zur Abstimmung über den §. 1 verfahren. Dieselbe ergab das bereits oben gemeldete Resultat, welches in den Kreisen des Publicums auf den Tribünen mit lebhafter Befriedigung aufgenommen wurde. Der Präsident wollte in der Beratung der weiteren Paragraphen des Gesetzes fortfahren, das Haus war indessen, da die Sitzung bereits 5 Stunden gedauert hatte, ermüdet und es wurde ein Verlegungsantrag angenommen. Man nimmt allgemein an, daß die Sache morgen weit rascher von Statten und die

Hälferruf.

In der Nacht vom 1. zum 2. d. M. ist die im Eisenacher Oberlande (E. Weimar) gelegene Stadt NaCha von einem schweren Brandunglück heimgesucht, beinahe ein Drittel der Stadt — 78 Wohnhäuser mit 161 Neben- und Hintergebäuden, wovon viele mit dem eben eingebrachten Erntesegen gefüllte Scheuern — ist zerstört worden. Da die meisten der Abgebrannten leider nicht versichert hatten, überließ der Winter vor der Thür steht, so ist die in jene ohnehin arme und schwerbelastete Stadt eingetragene Noth eine große, und kräftige, nachhaltige Hälfte thut dringend noth.

In Folge eines von dort an uns erlangenen Hälferrufes wenden wir uns an die Einwohnerschaft Leipzigs mit der Bitte, zur Vinderung der Noth der Abgebrannten und milde Beiträge an Geld, Kleide, Kleidungsstücken u. zugehen zu lassen und bemerken, daß unsere Stiftungsbuchhalter (Rathhaus, 1. Stage) zur Annahme von Gaben angewiesen ist.

Leipzig, den 30. September 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Richter.

Gewölbe-Vermiethung.

Im „goldenen Bär“, Universitätsstraße Nr. 18, werden zum 1. April 1879 zwei Gewölbe vermietet und sollen dieselben ein jedes für sich von diesem Zeitpunkt an auf weitere drei Jahre im Wege der Licitation vermiethet werden. Interessenten haben sich

Sonnabend, den 19. October d. J. Vormittags 11 Uhr, im Universitäts-Restaurant, woselbst die Licitations-Bedingungen zur Einsicht ausliegen, einzufinden und ihre Gebote abzugeben. Die Auswahl unter den Bictanten und die Entschliebung in der Sache überhaupt bleibt vorbehalten.

Leipzig, am 9. October 1878.
Universitäts-Restaurant.
Graß.

Sitzungsbericht.

Berlin, 10. October. Die gestern abgebrochene Debatte über §. 1 des Entwurfes wird wieder aufgenommen und erhält zunächst das Wort Abg. Haffelmann. Man ist jetzt dabei, wie in Frankreich, einen großen Theil des Volkes zu ächten — nun, den von hingeworfenen Feindeshandeln nehmen wir auf. Bisher hat man in Deutschland nur eine ruhige Agitation gekannt; jetzt scheint man aber Gewaltthatigkeiten zu wünschen, und dieses Gesetz kann leicht schlimme Folgen herbeiführen, denn der Kampf gegen die Bourgeoisie wird jetzt weit energischer geführt werden als bisher. Eine Idee läßt sich nicht niederzuschlagen, und für jeden Socialdemokraten, welcher fällt, stehen folgende zehn andere mit Begeisterung ein. Jetzt will man auch die Rechte des Reichstags nicht lassen. Schlimm ist es freilich, daß weder die Majorität des Hauses, noch die Regierung eine Abnung haben, was die Socialdemokratie bedeutet und erstrebt. Denn selbst der Fürst Bismarck hat zwei echt socialdemokratische Reden gehalten, wenn ihr Inhalt aus nur ein elementarer Socialismus ist. Er hat dabei behauptet, daß die Monarchie gewachsen; das ist durchaus unrichtig, vielmehr hat derselbe sich seit und überall als Republikaner bekant. Er wollte für den Arbeiter Brod und Freiheit schaffen, wobei ihm nun zunächst die Monarchie als Mittel zum Zweck recht war. Noch keine Regierung hat so sehr socialistische Anschauungen vertreten, als Fürst Bismarck, und wenn er seine Ideen der Productiv-Associationen und Monopole durchführt, wird die ganze heutige Gesellschaft untergraben und auf den Kopf gestellt. Fürst Bismarck liebt ja vor Allem die Abstrichpraxis. Das heutige Eigentum der Besitzenden wird dazu benutzt, das Eigentum der Arbeiter zu plündern, der Socialismus ist es nun gerade, der das Eigentum der letzteren gegen die Plünderung der Capitalisten schützen will — und dem Socialismus wirft der Reichstagsler vor, das Eigentum abzuschaffen zu wollen. Fürst Bismarck behauptet ferner, die Socialisten machten niemals positive Vorschläge. Aber unsere Thätigkeit im Reichstage beweist doch gerade das Gegenteil; wiederholt verlangten wir Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit, Abschaffung der Gefängnisarbeit, Schutz in den Fabriken u. s. w. Auch das wirft man uns vor, daß wir die Vaterlandsliebe der Arbeiter aus der Brust reißen. Rein Verwurf kann weniger begründet sein; ganz im Gegenteil bedauern wir, daß Fürst Bismarck zehn Millionen Reichsdeutscher vom Vaterlande ausgeschlossen hat (hörl.); wir sollen die Autorität des Thrones untergraben; aber war es nicht gerade Fürst Bismarck, der die Regenten von Hannover, Kurhessen und Nassau vom Throne stürzte? Freilich steht uns die kosmopolitische Menschenliebe höher als die bloße Vaterlandsliebe, und immer wird darum der socialistische Arbeiter für den Feind der Nation und gegen alle Kriege eingetret; trotzdem steht der Socialismus nicht im Widerspruch mit dem Patriotismus, sondern nur mit dem Chauvinismus. Wir wollen auch nicht die Familie ruiniren, vielmehr deren Reinheit herstellen, wir kämpfen gegen die Prostitution, wir bekämpfen die capitalistische Ausnutzung des Arbeiters, seiner Frauen und Töchter. — Darum soll aber nicht etwa das Erbrecht abgeschafft, vielmehr nur die Productionsmittel sollen allgemeines Eigentum werden. Fürst Bismarck macht der Commune den Vorwurf, seine praktischen Versuche zur Verbesserung der socialen Lage gemacht zu haben, aber das war doch wohl in der belagerten und von Feinden bombardirten Stadt unmöglich; übrigens erkannte ja der Herr Reichstagsler selbst an, daß die communistische Bewegung einen gesunden und richtigen Kern enthält. — In

Deutschland ist jetzt der kleine Bürgerstand völlig auf den Ausßerbestand gesetzt und das Elend so groß, daß die Anzahl der Selbstmorde erschreckend ist. Freilich Fürst Bismarck wurde durch den Krieg einer der größten Grundbesitzer, der Landwehrmann aber, welcher gebildet hatte, wurde nach dem Kriege durch den Executor für ein kleines Darlehn ausgeplündert — für den gab es auch nicht die kleinste Rücksicht, geschweige denn eine Donation. Solche Vorgänge, dazu die Noth und das große Elend machen den Arbeiter zum Socialdemokraten und unsere Gesetzgebung führt immer mehr dahin, daß es in kürzester Zeit nur noch reiche Bourgeoisie und hungernde Proletarier geben wird, und auf dieser schiefen Ebene gelangen wir mit Sicherheit zur socialen Revolution. Alle Wirtschaftspolitiker begannen sich darin, daß der Reichstagsler sich nicht über das Niveau des Durchschnitts dessen erhebt, was die Arbeiter zum Nöthigen brauchen, — das Kaiserliche eberne Vohngesetz. Unter dem Fluctuiren dieses Durchschnitts nach oben und meist nach unten hin geschieht es, daß die Kinder der Arbeiter schnell dahinziehen, während der Reichen gedeihen und das ein langsame Hungertod die Arbeiterbevölkerung decimirt. So erkennt die Socialdemokratie in dem Vohngesetze, wie es heute gilt, und in den Handarbeiten zwei Gründe der Noth, und zur Abhilfe strebt sie dahin, daß dem Arbeiter sein Arbeitseigentum voll und ganz gelassen werde, was sich durch Productiv-Genossenschaften, auch für die Landwirtschaft, ermöglichen läßt. Dann wird der Arbeiter auch Herr seines Arbeitsmaterials und Instrumente sein und nicht der Ausbeutung überlassen bleiben. Wir schaffen damit auch die wahre Freiheit des Arbeiters zur Wahl seines Beschäftigungs-Ortes, die heute illusorisch ist, denn, in Arbeit lebend, hat er heute keine Zeit, sich nach einer anderen Beschäftigung umzusehen, und feiern kann er aus finanziellen Rücksichten nicht, um eine neue Beschäftigung zu suchen, zu finden. Dann erst hat der Arbeiter den vollen Genuß seiner Rechte, namentlich der Freizügigkeit. Wir könnten dann die Arbeiter sogar prüfen, ob man ihnen eine Verantwortung innerhalb der Associationen anweisen dürfte. Man könnte dann auch vermeiden, daß, wie z. B. jetzt in Rheinland und Westfalen, alle Arbeitsträger für Metallproduction brach liegen, weil dreimal mehr Material vorliegt zur Verarbeitung als die Nachfrage heute erfordert. Die Production-Genossenschaften würden dann neue Productionsbahnen zu erschließen suchen, so die Feiern den wieder mit Arbeit bedenken und die Arbeitslosigkeit beben können, deren Noth heute auf jenen Gegenden laftet. Es müßte natürlich an Stelle der heutigen Planlosigkeit der Arbeitgeber ein großes gemeinsames Band die verschiedenen Genossenschaften wechselseitig verbinden, das den Ausgleich der Arbeitskräfte vermitteln muß. Ein Zug von Communismus in dieser Art findet sich im Bergwerkswesen schon heute, mehr noch in der Wissenschaft, deren jede neue Entdeckung echt communistisch sofort ein Gemeineigentum wird. Welchen Werth hätten denn z. B. Erfindungen ohne diesen Communismus? Ein gewisser Communismus findet sich in allen Bergwerken insofern, als Arbeiter dort nur nach förmlichem Disciplinärverfahren entlassen werden können, und damit verleihe man nun die Maßregelungen in den Glasfabriken, wenn Einer wagt, eine eigene Meinung zu haben. Bedenken wir das Conduitenwesen, wie es in Beamtenkreisen herrscht. So wünschen wir allerdings nicht die Regierung an der Spitze von Associationen zu sehen; es ist ihr auch nicht ernst damit. Will man aber solchen Socialismus scheinbar der Concurrenz des Privatcapitals gegenüber einführen, dann freilich genügt es, an die christlichen Weber sechs Tausend Taler zu geben. Gegen den Ernst solchen Bestrebens spricht, daß man seit 1874 angefangen hat, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden. Man begann mit dem Coalitionsrecht; dann löste man die Verbände der Arbeiter auf und erklärte nicht deren Nutzen, sondern nur ihre Organisation für Rechtsgelährlich. — Der Redner, der sich jetzt bereits 1 1/2 Stunden auf der Tribüne befindet, vom Präsidenten zweimal zur Sache verwiesen ist, und durch feste Kräfte aus dem Hause: „zur Sache! §. 11“ unterbrochen wird, verbreitet sich unter liegender Sprache des Hauses noch über die falsche Arbeiterfreundschaft, über die Stellung der Polizei zur Association und fragt, wie man es denn